



**Dr. Matthias Miersch**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umweltpolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion

#### **Deutscher Bundestag**

Jakob-Kaiser-Haus  
11011 Berlin  
AnsprechpartnerInnen: Fabian Böer, Lars Drebold,  
Birgit Heine  
Tel: (030) 227 – 71111  
Fax: (030) 227 – 76099  
Email: matthias.miersch@bundestag.de

#### **Wahlkreis**

Kurt-Schumacher-Haus  
Odeonstr. 15/16  
30159 Hannover  
Ansprechpartnerinnen:  
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu  
Tel: (05 11) 16 74 303  
Fax: (05 11) 92 03 190  
Email: matthias.miersch@wk2.bundestag.de  
www.matthias-miersch.de

Berlin, den 21. Februar 2014

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Genossinnen und Genossen,

diese Zeilen meiner aktuellen Persönlichen Erklärung schreibe ich in Stunden des Schreckens, die die Ukraine mitten in Europa erlebt. Ich kann nur hoffen, dass sich die Meldungen nach einer Einigung der Konfliktparteien mit den Außenministern der EU bestätigen. Es ist gut, dass Deutschland nun mit Frank-Walter Steinmeier einen Außenminister hat, der eine aktive Rolle im Rahmen der Konfliktlösung nicht scheut.

Innenpolitisch war in dieser Sitzungswoche erstmals festzustellen, dass die Gremienarbeit im Bundestag nach der langen Phase der Konstituierung wieder an Fahrt aufnimmt, wenngleich natürlich die Vorgänge um Sebastian Edathy bestimmend gewesen sind. Ich möchte in dieser Persönlichen Erklärung meine Einschätzung darlegen und vor allem auch Themen ansprechen, die unseren Wahlkreis und meine Arbeit konkret betreffen. Zunächst direkt zu mir:

#### **Erneut umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die SPD-Fraktion hat mich im Januar erneut zum umweltpolitischen Sprecher gewählt, so dass ich nun aufgrund des neuen Zuschnitts des Ministeriums neben der Umweltpolitik auch für den Bereich Bau zuständig sein werde. Das ist eine sehr reizvolle Kombination, die hoffentlich auch gute Ergebnisse für die kommunalen Projekte, wie z.B. die Soziale Stadt hervorbringt.

In der letzten Woche hat mich die Fraktion zudem als Mitglied der Endlagersuchkommission benannt. Ich werde mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ute Vogt die SPD-Bundestagsfraktion in dem Gremium vertreten, für das ich mich in der letzten Periode mit Stephan Weil und Rebecca Harms eingesetzt habe. Leider gibt es noch Startprobleme, da sich die Umweltverbände bislang nicht für eine Teilnahme an der Kommission entschieden haben. Ich arbeite aber daran, dass bis April wichtige vertrauensbildende Maßnahmen erfolgen, so dass wir dann hoffentlich vollständig mit dieser schwierigen und anspruchsvollen Arbeit beginnen können.



**Dr. Matthias Miersch**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

### **SuedLink – Stromtrassenplanung im Wahlkreis**

In den letzten 14 Tagen sind die Planungen für eine neue Nord-Süd-Trasse veröffentlicht worden. Bislang tangiert diese auch unseren Wahlkreis im Bereich Sehnde, Laatzen und Pattensen. Mit Caren Marks habe ich am vergangenen Mittwoch die betroffenen Bürgermeister und Ortsbürgermeister eingeladen, um mit der Firma TenneT die Pläne zu diskutieren. Ich werde darauf drängen, dass die Planungen transparent erfolgen.

Vor allem müssen Alternativen und die Frage der Erdverkabelung umfassend diskutiert werden, weshalb ich auch in Berlin mit den Wirtschafts- und Energiepolitikern gerade erörtere, inwieweit eine Gesetzesänderung notwendig ist, um der Situation Rechnung tragen zu können.

### **Genmais**

In der vergangenen Woche hat sich die Bundesregierung auf EU-Ebene in der Frage der Zulassung der Genmaissorte 1507 enthalten, da eine Einigung unter den Ministerien nicht erfolgte. Alle SPD-Ministerien und auch das CSU-Landwirtschaftsministerium waren gegen die Zulassung – Kanzleramt, Forschungs- und Gesundheitsministerium der CDU jedoch dafür.

Im Koalitionsvertrag haben wir festgehalten, dass wir die Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der Grünen Gentechnik anerkennen. Ich bin der festen Überzeugung, dass eine Enthaltung bei der Zulassungsfrage dieser Formulierung im Koalitionsvertrag nicht gerecht wird. Die habe ich so unter anderem im „Report München“ erklärt und auch gestern im Deutschen Bundestag. Für mich ist die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Natur eine ur-ethische Angelegenheit, so dass wir jetzt in der Koalition dringend klären müssen, wie wir mit diesem Dissens umgehen.

Im Bundestag habe ich den Vorschlag unterbreitet, eine Konsultationspflicht einzuführen, so dass die Regierung das Parlament befragen muss, wenn sie sich nicht auf eine klare Haltung verständigen kann. Fraktionsunabhängig sollten die Abgeordneten dann entscheiden können. Gleichzeitig gibt es aus Bayern und Mecklenburg-Vorpommern Anträge auf sogenannte Opt-Out Modelle, wonach entweder auf EU-Ebene oder auf Ebene der Bundesländer Ausstiegsmöglichkeiten verankert werden können. Es ist somit ordentlich Bewegung in dieser Thematik.

### **Freihandelsabkommen mit den USA**

Im Unterausschuss und in der Niedersächsischen Landesvertretung haben wir uns in dieser Woche mit dem geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA befasst. Hier gibt es nach meiner festen Überzeugung erheblichen Klärungsbedarf. Es geht um sehr grundsätzliche demokratietheoretische Fragestellungen. Es kann nicht sein, dass elementare Standards z.B. im Bereich der Ernährung ausgehöhlt werden. Darüber hinaus müssen die Parlamente direkt in die Verhandlung einbezogen werden. Aktuell sind Entwürfe der Vertragsinhalte geheim, so dass eine sachgerechte Beurteilung nicht möglich ist.



Dr. Matthias Miersch  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Hoch problematisch ist darüber hinaus die beabsichtigte Schiedsgerichtsbarkeit, die wir schon aus anderen Bereichen kennen. In geheimen Schiedsverfahren können dann Unternehmen Staaten verklagen, um sich auf Investitionsschutz zu berufen. Eine unabhängige Rechtsprechung wird auf diese Weise ausgeschlossen. Entsprechende Vereinbarungen können Sinn machen, wenn es in bestimmten Staaten keine unabhängige Rechtsprechung gibt. Das ist jedoch im Bereich der EU und der USA nicht der Fall, so dass gerade auch dieser Punkt in den Fokus der Debatte gehört.

All diese Punkte finden sich auch in einem Abkommen, das momentan mit Kanada verhandelt wird und das vom Verhandlungsstand schon weiter ist. Auch hier ist die notwendige Transparenz der Regelungen noch nicht zu erkennen, so dass ich mich mit Bernd Lange in den kommenden Wochen mit diesem Thema intensiv beschäftigen werde.

### **Reform der Abgeordnetenentschädigung und Verbot der Abgeordnetenbestechung**

Am heutigen Freitag hat der Bundestag eine umfassende Reform der Abgeordnetenentschädigung beschlossen. Darüber hinaus wurde endlich das Verbot der Abgeordnetenbestechung gesetzlich verankert, für das die SPD viele Jahre gestritten hat. Die Erhöhung der Diäten ist naturgemäß immer im Fokus der Medien und es ist schwer, eine angemessene Regelung zu finden (seit Jahren schlüssele ich in der Rubrik „gläserner Abgeordneter“ auf meiner Internetseite die Regelungen auf).

Ich habe mich in den letzten Jahren deshalb für eine externe Kommission eingesetzt, die auch in der vergangenen Periode ihre Arbeit begonnen – und abgeschlossen hat. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Kommission wurde nun die Abgeordnetendiät angepasst. Bezugsgröße sind die Gehälter von Bundesrichtern bzw. Bürgermeistern mittelgroßer Städte. Ich halte diesen Maßstab für nachvollziehbar, da die 631 Abgeordneten für die Gesetze verantwortlich sind, über die letztlich die Bundesrichter entscheiden. Zudem zeigt die Wahlkreisgröße den Betreuungsaufwand. Wichtig ist für mich, dass zukünftig die weitere Entwicklung automatisch an den Nominallohnindex gekoppelt wird, so dass der Anstieg künftig genau in der Höhe des Bruttodurchschnittsverdienstes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgt.

Mir ist bewusst, dass die ganze Thematik immer kontrovers diskutiert werden wird. Allerdings hoffe ich, dass stets die Besonderheit der Aufgabe beachtet wird. Verschweigen möchte ich nicht, dass ich angesichts der großen Zukunftsaufgabe der Altersversorgung hier für eine generelle Reform streiten werde. Das muss dann für alle Berufsgruppen gelten und verfassungsrechtlich wichtige Vertrauensschutzaspekte berücksichtigen. Sicher wird dies noch viel Überzeugungsarbeit kosten. Ich möchte das aber auch angesichts des großen Rentenpakets, welches in diesen Wochen auf den Weg gebracht wird, an dieser Stelle schon einmal schreiben.



**Dr. Matthias Miersch**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

### **Sebastian Edathy**

An das Ende dieser Erklärung möchte ich ganz bewusst den Fall meines früheren Kollegen Sebastian Edathy stellen. Sebastian Edathy war auch in unserem Wahlkreis mehrfach zu Gast und hat mit seinen Veranstaltungen wichtige inhaltliche Impulse gegeben. Umso mehr bewegt mich dieser Fall. Ich kann und möchte hier eine abschließende Beurteilung nicht abgeben, sondern nur einige Kernaussagen formulieren:

- Auch aufgrund meiner anwaltlichen Tätigkeit rate ich in entsprechenden Fällen zur sorgfältigen Aufarbeitung, bevor schnelle Schlussfolgerungen gezogen werden.
- Für Politiker darf es keine bessere und keine schlechtere Behandlung bei der Strafverfolgung geben. Jeder Anschein der Verschwiegenheitspflichtverletzung muss vermieden werden.
- Der Schutz von Kindern muss eines der höchsten Güter sein. Eine Reform des Strafrechts z.B. im Bereich des gewerbsmäßigen Handels mit Bildmaterial muss geprüft werden. Ich warne aber vor einfachen Antworten. Wir haben hoch emotionale Debatten im Bereich der Netzsperrern erlebt, ohne sachgerechte Lösungen gefunden zu haben. Nicht alles lässt sich mit Gesetzen regeln.
- Das Ruhen der SPD-Mitgliedschaftsrechte von Sebastian Edathy halte ich für angemessen. Jede weitere Entscheidung muss sorgfältig beraten werden, wenn eine ausreichende Bewertungsgrundlage vorliegt. Ich habe mich deshalb in der letzten Parteivorstandssitzung gegen die Einleitung eines Verfahrens mit dem Ziel des Ausschlusses zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen.

In der gebotenen Knappheit waren das wieder die wichtigsten Dinge aus meiner Sicht. Wie immer bin ich für Reaktionen dankbar.

Herzliche Grüße!

Matthias Miersch MdB